

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 84 (2004)
Heft: 11

Autor: [s.n.]
Buchbesprechung: Sachbuch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sachbuch

Alois Riklin

Emmanuel Joseph Sieyès und die Französische Revolution.

Bern: Stämpfli; Wien: Manz, 2001.

Auch die politische Ideengeschichte kultiviert ihren Kanon der Klassiker. Im europäisch geprägten Kulturkreis umfasst er vielleicht zwanzig Namen. Die alte Prüfungsfrage, ob dieser oder jener Autor seinen Status im erlauchten Kreis tatsächlich verdiene, mag ihre Berechtigung haben, sie ist indes auch müssig. Was jemand schreibt, ist eines. Ein anderes ist, was dann passiert. Rezeptions- und Wirkungsgeschichten sind in der Regel so durchschaubar wie der Gang der Aktienbörse.

Einfacher ist es, Autoren auszumachen, denen die Aufnahme in den ideengeschichtlichen *Order of Merit* zwar versagt geblieben ist, die aber im Licht der schieren Qualität ihrer schriftlichen Hinterlassenschaft eine solche Erhebung verdienen. Zu ihnen gehört zweifellos Emmanuel Joseph Sieyès – jener Abbé Sieyès, der zwar Geistlicher geworden, aber ganz zur Politik berufen war. Als «den ersten und profundesten Theoretiker der Französischen Revolution» hat ihn Keith Michael Baker einmal bezeichnet, und beide Adjektive sind sachlich durchaus angemessen.

Sieyès wurde in der Tat zum Theoretiker der ersten Stunde. Als Frankreich im Herbst 1788 in einem Zustand fiebriger Erregung sich zu verlieren drohte – zum ersten Mal seit 1614 hatte der König die Generalstände einberufen – trat der damals 40jährige mit einer kleinen, stilistisch brillanten Schrift an die Öffentlichkeit. In einer Situation, in der die nationale Vergangenheit keinerlei Orientierung im Hinblick darauf bot, was nun zu tun und leisten war, legte der Autor ein konkretes Programm vor: eine präzise Agenda hin zur rechtlichen und politischen Emanzipation des Drittens Standes. Sieyès wurde über Nacht berühmt.

Dass er alle Wendungen der folgenden Jahre unbeschadet überstand, verdankte sich einer Mischung aus politischem Opportunismus, persönlicher Harmlosigkeit und Glück. Sieyès war weder Machtmensch noch Staatsmann, wohl aber ein Verfassungstechniker der Extraklasse – und ein quicklebendiger Geist, der die Revolution in ihren politisch grundverschiedenen Abschnitten mit immer neuen Ideen und Entwürfen versorgte. Von der republikanischen Monarchie der Anfänge über demokratische und republikanische Varianten bis hin zu jener scheinrepublikanischen Verfassung, die Napoleon benutzte, um sich an die Macht zu hebeln: Sieyès hatte sie entworfen.

In ihrer Gesamtheit umreissen die Reden und Schriften ein reichhaltiges konstitutionelles Experimentierfeld, auf dem sich manche Perle findet. Erwähnt sei namentlich Sieyès' Konzept der Verfassungsgerichtsbarkeit in einer detaillierten Form, wie sie bis dahin auch nicht annähernd durchdacht worden war. «*Eine der schönsten Entdeckungen der sozialen Kunst, ein Meisterwerk der Politikwissenschaft*», schrieb ein Zeitgenosse. Gewiss, nicht jeder Vorschlag fand Gehör, nicht jede Idee sollte Schule machen. Unablässig aber trieb Sieyès die Reflexion in Bereichen voran, die – in seiner Zeit radikal «modern» – heute zum Grundbestand jeder Staatslehre gehören: Menschenrechte, geschriebene Verfassung, Repräsentation, Gewaltenteilung.

Nur: wer kennt schon Sieyès heute? Eine kritische Werkausgabe fehlt noch immer, die Sekundärliteratur ist ausgesprochen spärlich geblieben. Umso herzlicher wird man jenem Beitrag Leser wünschen, den Alois Riklin im Rahmen der «Kleinen Politischen Schriften» vorgelegt hat. Gut geschrieben, reich dokumentiert, schön illustriert und gestaltet, führt dieses wunderbare Buch an den Menschen, an den Denker und seine Zeit heran.

besprochen von CHRISTOPH FREI.

Ein normales, souveränes Deutschland

Egon Bahr

Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal

München: Karl Blessing Verlag, 2003.

Gregor Schöllgen

Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne

München: Propyläen, 2003.

Die deutsche Aussenpolitik ist ins Gerede gekommen, weil sie sich anmasste, 2002 auf die Weltbühne zurückzukehren. Seit dem Überfall der USA auf den Irak (zusammen mit einer «Koalition der Willigen») und der Weigerung Bundeskanzler Gerhard Schröders, sich an diesem Abenteuer zu beteiligen, findet eine heftige, kontroverse Debatte über die Ziele deutscher Aussenpolitik statt. Ein Krieg bringe Dinge ans Licht, die sonst verborgen geblieben wären, konstatierte einst der französische Staatspräsident Charles De Gaulle. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak führte auf zwei zentralen Feldern zu schweren Zerwürfnissen zwischen den Nato-Partnern: in den transatlantischen Beziehungen und im Bereich der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat ein deutscher Bundeskanzler öffentlich erklärt, dass über die deutsche Aussenpolitik allein in Berlin entschieden werde. Deutschland brauche seine nationalen Interessen nicht zu verstecken; dies sei der «deutsche Weg» und dafür kämpfe und arbeite er, so der Kanzler. Diese Weg-Metapher hat innerhalb der aussenpolitischen Elite des Landes zu geradezu hysterischen Reaktionen geführt, die psychologisch mehr über die Kritiker der Metapher als über deren Erfinder aussagen. Einige dieser Kritiker erwecken den Eindruck, als bedauerten sie die gewonnene Souveränität und sehnten sich zurück in die Gartenzwerg-Idylle der Vorwendezeit, in der ein dauerfliegender Aussenminister den Deutschen in blumigen, nichtssagenden Erklärungen die grosse Welt erklärte und dies für Aussenpolitik hielt.

Zwei aussenpolitische Experten unterschiedlichster Provenienz interpretierten Schröders Worte jedoch anders; sie bürsteten gegen den Strich und wurden dafür heftig gescholten: Egon Bahr, aussenpolitischer Vordenker Willy Brandtscher Ostpolitik und einer der wenigen aussenpolitisch-strategischen Köpfe der SPD, sowie der Zeithistoriker Gregor Schöllgen von der Universität Nürnberg-Erlangen.

Beide haben je auf ihre eigene Weise aus den Vorgängen von 1989/90 die einzig richtigen Konsequenzen gezogen, die die deutsche Politik erst 2002 vollzogen hat. Bahr, indem er eine eigene, selbstbewusste, interessengeleitete deutsche Aussenpolitik – eingebettet in Europa – fordert, die nicht gegen Amerika handeln soll, sondern nur ein Überlebensprogramm gegenüber dem Sendungsbesusstsein der USA präsentiert und sich zu den Werten des «alten Europa» bekennen soll. Eine gemeinsame Wertegemeinschaft sei ein Irrglaube, so Bahr. Spätestens seit dem Überfall auf den Irak und mit der Machtübernahme und der damit verbundenen Hybris der Neokonservativen, die von einer mächtigen Allianz religiös-fundamentalistischer Wiedergeborener getragen wird, sei die Basis dafür verloren gegangen. Europas Zukunft sei die Positionierung als Zivilmacht. Nicht Konfrontation, sondern «Arbeitsteilung» ist nach Bahr angesagt. «Wir haben nicht zwischen Unterwerfung und Feindschaft zu wählen.»

Ähnlich Schöllgen, aber auf eine professoralere Art: «Die transatlantische Epoche geht zu Ende.» Deutschland habe seinen Platz an der Seite einer Grossmacht des alten Kontinents gefunden, nämlich Frankreich. Ob dies wirklich schon das letzte Wort der Geschichte ist, darf in Anbetracht der Wendigkeit von Aussenminister Joschka Fischer, der servilen Haltung der Oppositionsführerin Merkel und des FDP-Dandys Westerwelle bezweifelt werden. Deutschland könnte aussenpolitisch kein grösseres aussenpolitisches Unglück ins Haus stehen als eine Regierung Merkel mit einem Aussenminister Westerwelle und einem Staatsminister Friedbert Pflüger. Merks Anbiederung an den Kriegskurs von George W. Bush vor Ausbruch des Irakkrieges entsprach einem Vasallentum.

Was haben Bahr und Schöllgen Verwerfliches geschrieben, dass sie von fast der gesamten aussenpolitischen Elite unisono verurteilt werden? Egon Bahr, alles andere als ein des Nationalismus verdächtiger Eiferer, hat an einem alt-bundesrepublikanischen Tabu gerüttelt. Er hat für Deutschland eine Selbstverständlichkeit eingefordert: die Normalität. «Normal ist, dass jeder Staat seine Interessen vertritt und versucht, seine Ziele durchzusetzen, ohne sich von seiner Vergangenheit lähmen zu lassen. Man darf ihr nicht entkommen wollen, aber auch nicht ihr Gefangener werden. Die Deutschen müssen endlich die Anomalität abschütteln, bei vielen Problemen von heute auf gestern zurückzuschauen und damit Lösungen für morgen zu erschweren. ... Wir müssen uns von der fast psychopathischen Last heilen, psychopathisches Leid zu kultivieren.» Bahr hat völlig recht, wenn er verlangt, dass Europa erwarten kann, dass Deutschland endlich normal werde. Ohne eine Normalität in aussenpolitischen Fragen wird Deutschland immer Spielball anderer Mächte bleiben; dies kann kein verantwortungsbewusster Politiker wollen. Es geht ihm also um nationale «Würde», wie altmodisch dieses Wort auch klingen mag.

Diese selbstbewusste Haltung hat erstmals Kanzler Schröder gegenüber der «hemdsärmeligen Brachialdiplomatie» der USA an den Tag gelegt, wie Schöllgen betont. Dass über deutsche Interessen in Berlin und nicht in Washington entschieden werde, hinter diese Haltung könne kein zukünftiger Bundeskanzler mehr zurückfallen. «Respektlose Bevormundungsversuche» oder unverhohlene Drohungen wie Bush sie gegen die «Unwilligen» und die Uno ausgestossen habe, «sind in einer Gemeinschaft souveräner Staaten nicht akzeptabel». «Gleiche Augenhöhe» sei das Gebot der Stunde. Wenn jetzt die Bush-Regierung droht, Verbände aus Deutschland nach Osteuropa zu verlegen, sei dies nach Schöllgen «nicht unbedingt eine schlechte Nachricht». Ist nicht die Grundlage für Besatzungstruppen seit 1990 entfallen? Hat sich nicht nach Ansicht der Pentagon-Strategen die Grenze der Konfrontation nach Osten verschoben? Geht jetzt der Westen von einer Antikommunismus-Phobie in eine Islamismus-Phobie über, ohne nach seinem eigenen Zutun zu diesem Phänomen zu fragen?

Mitunter mutete die Kritik an beiden Autoren geradezu grotesk an. Man warf ihnen vor, Deutschland schon wieder und auf leisen Sohlen unterwegs zur Weltpolitik zu wännen; andere sprachen von «Gleichgewichtsstörungen», «Wilhelminismus», vom «deutschen Weg» als weltpolitischem Geltungsdrang oder von einem aussenpolitischen «Abseits» sowie vom Machtverfall Deutschlands. Von völliger aussenpolitischer Ahnungslosigkeit und politisch durchsichtig war das Argument von Oppositionsführerin Merkel, dass Schröder zum Krieg beigetragen habe, weil er aus der aufgebauten Drohkulisse ausgebrochen sei. Als ob sich die Bush-Regierung um irgendeine deutsche Meinung geschert hätte.

Beide Autoren beschreiben auch die historische Entwicklung der alten Bundesrepublik und des neuen Deutschland. Bahr in seiner schnörkellosen und stringenten Art und Weise; Schöllgen nüchtern engagiert, aber zukunftsweisend. Aussenminister Fischer meinte bei der Vorstellung des Schöllgen-Buches, dieses auf einen europäischen Masstab zurechtstutzen zu müssen. Der Autor hatte aber niemals einen anderen Rahmen anvisiert als den europäischen. Wie konnte Fischer als Laudator sich da so irren? Was Schöllgen zu Recht gefordert hat, ist die Annahme einer führenden Rolle in Europa und der Welt, weil dies ein «nationales Interesse» sei. Diese Rolle habe Deutschland seit der Wiedervereinigung und erst recht nach dem Irakkrieg mit Selbstbewusstsein, aber Augenmass auszufüllen. Für die «gleiche Augenhöhe», wie der Kanzler sie gefordert hat, muss das Land im Verbund mit den anderen EU-Staaten allerdings mehr investieren. Der deutsche Bundeskanzler ist jedenfalls dazu bereit. Warum zieht er nicht stärker aussenpolitische Kompetenzen ins Kanzleramt, wie weiland Kanzler Kohl?

besprochen von LUDWIG WATZAL. Er ist Redaktor und Publizist in Bonn.